

Aus dem Großen Rate.

Zu Beginn der Sitzung werden drei Interpellationen eingereicht. Zunächst wird der Regierungsrat um Auskunft ersucht, aus welchen Gründen die Erhöhung des Hypothekarzinsfußes der Kantonalbank erfolgt sei. Die Antwort hierauf stellt fest, daß die Kantonalbank sich angesichts des allg. Kapitalmarktes in einer Zwangslage befand und keinen andern Weg beschreiten konnte. Eine zweite Interpellation betrifft die Abklärung eines Artikels betr. Notunterstützung, welche zur Befriedigung des Interpellanten ausschlägt. Die letzte Interpellation befaßt sich mit der Errichtung eines Spiel- und Sportplatzes im St. Johannquartier, wo vor einigen Tagen Arbeitslose zur Selbsthilfe gegriffen haben und sich anschickten, auf dem Areal der Gasfabrik einen Spielplatz herzurichten. Der Vorsteher des Baudepartementes erteilt die Zusicherung, daß die Frage des Spielplatzes im St. Johannquartier sich in Arbeit befinde.

Die Traktandenliste der Sitzung enthält eine Reihe von Bauaufgaben, die teils dringender Natur sind, teils den Charakter von Notstandsarbeiten tragen. Dies gibt dem Vorsteher des Finanzdepartementes Anlaß einige grundfäßliche Richtlinien über die Finanzierung dieser Projekte darzulegen. Es wird festgestellt, daß in der Tat keine eigenen Mittel zur Deckung dieser Aufwendungen vorhanden sind und daß auf den verschiedensten Wegen kurzfristiges Geld in Anspruch genommen werden mußte. Eine Lösung der Finanzierungsfrage ist deshalb dringlich. Die Vertreter der verschiedenen Parteien geben ihre Einstellung zur Frage der Finanzierung und der Arbeitsbeschaffung bekannt. Als erste größere Bauausgabe wird die Errichtung einer Sammeldorf für das Gundeldingerquartier bewilligt. Ein Ratschlag betr. Notstandsarbeiten bringt eine Reihe kleinerer und mittlerer Tiefbauten. Für Riehen wird die sofortige Inangriffnahme der Korrektion der Bettingerstraße zwischen Baselstraße und Eisenbahnweg beschlossen, obwohl sich dagegen Widerstand geltend macht. Die Gesamtausgaben für noch nicht budgetierte Notstandsarbeiten betragen Fr. 976 000.— Ein Ratschlag der Regierung unterbreitet dem Rat das Projekt eines neuen Polizeiverwaltungsgebäudes, das rund 3 Millionen Franken kosten soll und dessen Errichtung bei der neuen Kantonalbank vorgesehen ist. Die Behandlung dieses Traktandums wird in der nächsten Sitzung fortgeführt, die am 9. Juli stattfinden soll.